

CDU-Wirtschaftsrat: Wiederaufbau als Ausbildungsziel für Migranten

BERLIN/KIEL Obwohl die Verhandlungen mit Gegnern und Unterstützern des syrischen Staatschefs Assad noch ganz am Anfang stehen, denken in Deutschland Politik und Wirtschaft bereits an die Zeit nach Ende des Bürgerkrieges und an den Wiederaufbau Syriens. „Im besten Fall versetzen wir die Flüchtlinge in die Lage, ihr eigenes Land erfolgreich wieder aufzubauen“, meint etwa Reimer Tewes vom Wirtschaftsrat der CDU Schleswig-Holstein. Dafür brauche es „Wiederaufbauschulen mit entsprechend staatsorientierten Ausbildungskompetenzen“. Für deren Entwicklung sieht Tewes

mehrere mögliche Kooperationspartner: Universitäten, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Technisches Hilfswerk (THW), Rotes Kreuz und weitere Nichtregierungsorganisationen, die ihr Know-how bereits in krisenhaften Situationen unter Beweis gestellt haben. „Ergänzend kann die Wirtschaft gewonnen werden, Kompetenzen für die Wiederaufbauschulen anzubieten“, so Tewes. Neben der Ausbildung von Verwaltungs- und Lehrkräften dürften insbesondere die Bauwirtschaft mit ihren verschiedenen Gewerken, aber auch Dienstleistungen aus der Energie-, Ag-

rar-, Kommunikations- und Gesundheitswirtschaft gefordert sein. Ganz ähnliche Überlegungen werden in Berlin angestellt.

„Wir brauchen Wiederaufbauschulen mit entsprechend staatsorientierten Ausbildungskompetenzen.“

Reimer Tewes
CDU-Wirtschaftsrat

So gibt es offenbar konkrete Planungen des Auswärtigen Amtes und des Bundesinnenministeriums gemeinsam mit dem THW für ein Programm, das bis zu 1000 syrische Flücht-

linge für Wiederaufbauarbeiten in ihrem Heimatland ausbilden soll. „Die allermeisten der vielen Menschen, die aus Syrien zu uns geflohen sind, wünschen sich nichts dringender als die Chance, sobald wie möglich in ihre Heimat zurückzukehren und beim Wiederaufbau ihres Landes mitzuhelfen“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vergangene Woche dem „Tagesspiegel“. Es sei auch in deutschem Interesse, dass sie ihre Zeit hier nutzen könnten, um den Wiederaufbau vorzubereiten.

Das Ausbildungsangebot für die Flüchtlinge sei nicht nur ein Beitrag zu deren Integration in

deutsche Gemeinden, sagte Steinmeier. „Es ist auch eine Investition in den Wiederaufbau Syriens, damit Städte und Dör-

„Wir brauchen keine speziellen Schulen als Drehkreuze für die Abschiebung von Flüchtlingen.“

Tobias von Pein
SPD-Berufsbildungsexperte

fer schnellstmöglich wieder bewohnbar gemacht werden und Menschen nach Hause zurückkehren können, sobald das zumindest in Teilen des Landes wieder möglich wird.“

Die Nord-SPD kann sich jedoch mit solchen Planspielen der Berliner nicht anfreunden – auch wenn sie aus dem Ministerium des Genossen Steinmeier kommen. „Wir brauchen keine Abschiebe-Schulen der CDU“, sagte der für Berufsbildung zuständige Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias von Pein. Er sieht in den vom Wirtschaftsrat vorgeschlagenen Bildungseinrichtungen „spezielle Schulen als Drehkreuze für die Abschiebung von Flüchtlingen“. Anders könne man die Idee nicht verstehen, ihnen die regulären Bildungswege an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie an

Hochschulen zu versperren und sie stattdessen in sogenannten „Wiederaufbauschulen“ darauf vorzubereiten, schnellstmöglich in ihre von Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Heimatländer abgeschoben zu werden.

Tewes weist hingegen darauf hin, dass der Besuch von Wiederaufbauschulen helfe, „die psychologische Situation in den Flüchtlingsunterkünften zu entschärfen“. Das Angebot richte sich an Rückkehrwillige, denen über einen geeigneten Ausbildungsträger passende Fähigkeiten für einen zukünftigen Wiederaufbau vermittelt würden.

kim

